

# FINANCIAL CRIMES

## DEUTSCHLAND

C 50937 | 1/39 | SEPTEMBER/OKTOBER 2010 | DEUTSCHLAND 0,00 € | WWW.FINANCIAL-CRIMES.NET



**Theorie vom größeren Idioten**  
Wie Goldman Sachs und Deutsche Bank auf die Krise wetteten | Seite 3

**Landgier**  
Spekulanten verschärfen mit Landgeschäften Hunger | Seite 4

**Reise nach Richistan**  
Wie Reiche reicher und Staaten ärmer werden | Seite 5

**KOMMENTAR: DIE DIRIGENTEN DER FINANZMÄRKTE HABEN SICH AUS DEM DEMOKRATISCHEN MITEINANDER AUSGEKOPPELT, SCHREIBT HERIBERT PRANTL | SEITE 3**

## Europaweit gegen Kürzungspolitik

Attac beteiligt sich mit Bankenaktionstag

VON STEPHAN LINDNER, BERLIN

Europaweit machen soziale Bewegungen am 29. September gegen Kürzungspolitik mobil. Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft zu einer Großdemonstration in Brüssel auf, zu der auch aus vielen deutschen Städten Busse organisiert werden. In Spanien und Griechenland sind Generalstreiks angekündigt. Und das globalisierungskritische Netzwerk Attac beteiligt sich mit einem Bankenaktionstag.

Protestiert wird gegen eine Politik, die den Krisenverursachern Milliarden zur Verfügung stellt und bei der breiten Masse drastisch spart. Bereits 2008 waren in der Europäischen Union einige Staaten Mittel- und Osteuropas zahlungsunfähig und wurden seitdem von EU und Internationalem Währungsfonds zu einem harten Sparkurs gezwungen. Im Frühjahr folgte Griechenland. Viele weitere Regierungen haben mittlerweile von sich aus drakonische Sparpakete geschmürt.

Damit bezahlen wieder diejenigen, die schon vor der Krise zu den Verlierern gehörten. Eine adäquate Beteiligung von Banken und Vermögensbesitzern ist hingegen nicht in Sicht.

Der Aktionstag liegt einen Tag vor dem ECOFIN, dem Treffen der EU-Finanzminister. Hier könnte auch eine andere Politik gemacht werden, die für eine Finanztransaktionssteuer und weniger Steuerkonkurrenz und Steuerflucht eintritt. Leider vertreten viele Regierungen aber die Interessen der heimischen Großbanken – statt die der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört auch die Bundesregierung, die bei der Durchsetzung der Kürzungspolitik an vorderster Front kämpft und sich gleichzeitig gegen die überfällige Etablierung einer wirksamen Finanzaufsicht auf europäischer Ebene wehrt.

Bei den Verhandlungen zu Basel III, bei denen es darum geht, wie viel Eigenkapital die Banken in Zukunft vorhalten müssen, um bei der nächsten Krise nicht sofort wieder gerettet werden zu müssen, legte die Bundesregierung kürzlich sogar als einziger Staat ein Veto gegen strengere Vorschriften ein.

Attac will mit dem Bankenaktionstag den Zusammenhang zwischen Banken-Rettungspaketen, Kürzungspolitik und nach wie vor fehlender Regulierung deutlich machen. In etlichen Städten soll es kreative Protest-Besuche bei Banken geben.

Allerdings gibt es in Attac auch Skepsis gegenüber dem Motto dieses Tages. Der Europäische Gewerkschaftsbund fordert nämlich Priorität für Wachstum. Da viele in Attac die Fixierung auf Wirtschaftswachstum eher als Teil des Problems denn als Lösung sehen, ist für das nächste Jahr ein großer Kongress zum Thema Wachstum in Planung.

## Gemeingefahr Großbanken

Die nächste Krise ist nur eine Frage der Zeit



VON HARALD SCHUMANN, BERLIN

Am 10. November wird es wieder geschehen. Bereits zum vierten Mal nach Ausbruch der großen Finanzkrise werden sich die Regierungschefs der G20-Staaten zu ihrem Weltgipfel versammeln, diesmal in Seoul, Südkorea. Erneut werden sie dort ihre „feste Entschlossenheit“ bekunden, die Finanzbranche künftig weltweit einer strengen Regulierung zu unterwerfen, „damit sich eine solche Krise nicht wiederholt“, wie Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel verhielt. Und wieder wird es ein leeres Versprechen sein.

Denn gut zwei Jahre nach dem Beinahe-Zusammenbruch des globalen Finanzsystems zeichnet sich ab, dass den Regierungen der USA und der Europäischen Union die politische Kraft fehlt, die notwendigen Veränderungen gegen den Willen der großen Finanzkonzerne durchzusetzen. Zwar

haben der US-Kongress und das Europäische Parlament zuletzt umfangreiche Gesetzespakete zur Reform der Finanzaufsicht verabschiedet. Auch haben die Aufsichtsbehörden der G20-Staaten verabredet, dass Banken in aller Welt künftig etwa doppelt so viel Eigenkapital für Krisenzeiten vorhalten sollen wie bisher.

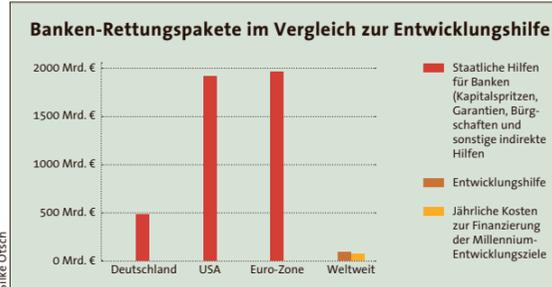
Doch mit all dem werde nur „das alte System notdürftig repariert“, befand jüngst der New Yorker Ökonom Nouriel Roubini, der schon 2006 vor dem drohenden Kollaps

gewarnt hatte. Auch Simon Johnson, der in Finanzkrisen erfahrene frühere Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, mahnte, die bisherigen Reformen seien völlig unzureichend und würden alsbald neue Krisen heraufbeschwören.

Insbesondere die Tatsache, dass weiterhin globale Finanzkonzerne wie Goldman Sachs, Barclays, BNP Paribas oder die Deutsche Bank mit Bilanzsummen von 1000 Milliarden Dollar und mehr uneingeschränkt operieren dürfen,

werten unabhängige Fachleute als gefährliche Fehlentwicklung. Diese etwa 40 weltweit operierenden Unternehmen mit ihren Tausenden von Tochtergesellschaften sind so komplex und über Kreditbeziehungen so mit der übrigen Finanzbranche vernetzt, dass keine Regierung deren Konkurs zulassen könnte, ohne zugleich den Zusammenbruch des Zahlungssystems und mit ihm der Wirtschaft zu riskieren. Damit genießen diese Konzerne eine implizite Staatsgarantie, und das Management kann – anders als kleinere Wettbewerber – fast beliebig hohe Mengen Kredit zum Niedrigzins aufnehmen und damit extreme Risiken eingehen, ohne die Insolvenz und die Strafe des Marktes fürchten zu müssen. Darum sei es nur eine Frage der Zeit, bis diese Unternehmen die nächste Krise verursachen, warnt Johnson.

FORTSETZUNG AUF SEITE 6



## Ungerecht und ökonomisch unsinnig

Die Regierung will das Geld für die Bankenrettungen bei den Armen zurückholen – ein gefährlicher Irrweg

VON ULRIKE HERRMANN, BERLIN

Umverteilung ist ein Tabuwort in Deutschland, das noch immer an den Sozialismus gemahnt. Dabei wird permanent umverteilt – bisher jedoch von unten nach oben. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer, während die Mittelschicht schrumpft. Denn seit dem Jahr 2000 ist ein historisch neuartiges Phänomen in der Bundesrepublik zu beobachten: Die Reallöhne der normalen Angestellten fallen nicht nur in der Krise, sondern selbst in Zeiten des Aufschwungs. Die Arbeitnehmer müssen sich bescheiden, während die Firmengewinne explodieren.

Besitz und Kapitaleinkommen konzentrieren sich auf eine kleine Schicht: 2007

besaß das reichste eine Prozent der Bundesbürger bereits 23 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland. Die obersten fünf Prozent verfügten über 46 Prozent. Für die Mehrheit der Bevölkerung blieb da nicht mehr viel übrig. Die unteren 70 Prozent kamen noch nicht einmal auf neun Prozent vom Gesamtvermögen.

Die Finanzkrise verschärft diesen Prozess, der Reichtum bei wenigen konzentriert. Denn der Crash wurde zum doppelten Geschäft für die Wohlhabenden. Zum einen hat der Staat ihr Vermögen gerettet, indem er die Banken gestützt und Konjunkturpakete angeschoben hat. Zum anderen musste der Staat dafür Schulden aufnehmen – und diese Kredite werden ihm wiederum vor allem von den Wohlhabenden gewährt, die dafür Zinsen verlangen. Die Besitzenden lassen es sich also auch noch bezahlen, dass ihr Vermögen gesichert wurde.

Die Kosten der Rettung tragen hingegen die Armen. Bis 2014 will die Regierung 82

Milliarden Euro sparen. Das meiste sind Luftbuchungen, konkret wird es aber bei den Bedürftigen. Hartz-IV-Empfänger erhalten kein Elterngeld mehr, die Maßnahmen der Jobcenter sollen ebenfalls gekürzt werden. Und wer Wohngeld bekommt, muss künftig ohne Heizkostenzuschuss auskommen.

Die Bundesregierung ist nicht allein mit ihrem Sparkurs. Weltweit werden die Staatsbudgets zusammengestrichen, um die Kosten der Finanzkrise wieder herinzuholen. Und überall zeigt sich das gleiche Muster: Die Reichen werden geschont, die Mittelschicht und die Armen belastet.

Diese Politik ist nicht nur ungerecht, sondern ökonomisch unsinnig. Wer einseitig die Reichen begünstigt, steuert in den nächsten Crash. Denn während sich die unteren Schichten einschränken müssen und weniger konsumieren

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

## Das ganz andere Bankensystem

Während sich die Regierungen der EU und jenseits des Atlantiks schwer tun, Banken und Fonds ernsthaft Zügel anzulegen, sind aus der Zivilgesellschaft inzwischen eine Fülle von gut durchdachten Vorschlägen und Initiativen entstanden, die das Finanzsystem vom Kopf auf die Füße stellen wollen: weg von der Jagd nach Rekorddividenden mit gemeingefährlichen Spekulationsinstrumenten, hin zu einem Bankensystem, das den sozialen und ökologischen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger dient. Die Financial Crimes dokumentiert einige Ansätze.

AGENDA | Seite 7, 8

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE 23:55 UHR

Nettovermögen Deutschland +20 %	Durchschnittl. Reallohn in D.: -2 %
6,6 Billionen €	1.324 € / Monat
Kinderarmut Deutschland: +67 %	Finanzderivate weltweit: +530 %
2,5 Millionen Kinder	687 Billionen \$
Hungernde weltweit: +20 %	CO2-Emissionen / Jahr: +26 %
1 Milliarde Menschen	31.098 Megatonnen

Entwicklung von 2000 bis 2009

## LEITARTIKEL: DEUTSCHE BANK

### Dreck am Stecken

Die Deutsche Bank stellt sich gern als Hort der Stabilität umgeben von krisengeschüttelten deutschen Pleitebanken dar. Mit ökologisch modernisierten Hochhaustürmen in Frankfurt am Main und zahlreichen – unverbindlichen – Nachhaltigkeitserklärungen feilt sie überdies an einem sauberen Image.

Die Realität sieht anders aus. Die Deutsche Bank hat allein durch die Rettung des US-Versicherers AIG etwa neun Milliarden Dollar an US-amerikanischem Steuergeld erhalten – was ihr jenseits des Atlantiks den Ruf der Trittbrettfahrerin einbrachte. Von der Rettung der HRE, IKB und anderer Banken hier zu Lande profitierte sie, da ihr ungesicherte Einlagen in Milliardenhöhe erhalten blieben. Zusammengerechnet mindestens zwölf Milliarden Euro hat die Deutsche Bank so indirekt an staatlicher Unterstützung erhalten – bezahlt von der der Allgemeinheit. Hätte sie diese Summe 2008 abschreiben müssen, wäre die Hälfte ihres Eigenkapitals aufgezehrt worden – die Deutsche Bank hätte Insolvenz anmelden müssen.

Die Deutsche Bank hat zu Beginn der Krise Schrottpapiere verkauft und zugleich auf deren Kursverfall gewettet (siehe S. 3). Aber auch sonst ist die Geschäftspolitik der mächtigsten deutschen Bank alles andere als sauber: Die Finanzierung von Atomkraftwerken, Waffenindustrie und Bergbauprojekten, die gewaltsame Vertreibungen einschließen, gehört zu ihrem täglichen Geschäft (siehe S. 4).

Derzeit angelt die Deutsche Bank nach der Postbank. Wenn die Übernahme wie geplant stattfindet, steht der Bankenriesen nach der Krise größer da als zuvor – wie bereits die Commerzbank. Und das, obwohl weltweit Experten fordern, keine Bank dürfe mehr „too big to fail“, zu groß für eine geordnete Insolvenz sein. Der nächste Crash könnte sogar so groß werden, dass Staaten ihre Banken gar nicht mehr freikaufen können – „too big to save“ wird es dann heißen.

Es wird Zeit, dass die Politik handelt und Banken kleiner macht. Diese Deutsche Bank können wir uns nicht leisten.

WEITERE ARTIKEL UND KOMMENTARE | Seite 3, 4

IMPRESSUM SEITE 2



Abonnentenservice: www.financial-crimes.net

EDITORIAL / Sonderausgabe

Seit nunmehr zehn Jahren beobachtet und kommentiert unsere Redaktion das Treiben an den Finanzmärkten. Aber selten schien es uns so absurd wie heute. Zwei Jahre nach dem Höhepunkt der Finanzkrise, während in der Welt so viele Menschen hungern wie nie zuvor und die Flut- und Hitzewellen in Pakistan und Russland einen Vorgeschmack auf das drohende Klimachaos geben, haben die Finanzeliten nichts Besseres zu tun, als wieder das große Spekulationsrad zu drehen – als gäbe es die reale Welt um sie herum nicht. Und die Regierungen, die dem Spiel andere Regeln geben könnten, um den gewaltigen sozialen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen, haben dem Casinobetrieb bis heute nicht nur zugeschaut, sondern ihn auch noch mit Milliardensummen aus Steuergeld subventioniert – Milliarden, die jetzt bei den sozial Schwächsten wieder eingetrieben werden sollen.

Angesichts dessen hat sich unsere Redaktion entschlossen, dem Routinebetrieb für einen Tag Adieu zu sagen und diese Sonderausgabe zu machen. Wir brauchen ein ganz anderes Finanzsystem, das nicht mehr der Bereicherung weniger dient, sondern Geld dorthin leitet, wo es gesellschaftlich benötigt wird. Ein solches Finanzsystem ist möglich – aber es kann nur wirklich werden, wenn genug Menschen dafür streiten.

Ihre Financial Crimes-Redaktion

GESAGT ...

Lloyd Blankfein, Goldman-Sachs-Chef, zur Frage, warum gigantische Boni und riesige Profite kein Problem sein können:

Die Banken verrichten Gottes Werk.

... GEMEINT?

Dann ist auch der Ruin ganzer Volkswirtschaften nur recht und billig.

PERSONALIEN

Nicht nur Merkels Kabinett will die Krise von denen bezahlen lassen, die wenig haben. Die Chefin des Unternehmerverbands mittelständische Wirtschaft, Ursula Frerichs, fand weitere Kostenträger: Die Arbeitnehmer sollen auf zwei Wochen Urlaub verzichten.

FCD

Klaus-Peter Müllers Celler Trialog ist erstmalig ausgesetzt. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank hatte in den letzten Jahren zusammen mit dem Bundesverteidigungsministerium regelmäßig zu Treffen mit Vertretern aus Politik, Rüstungsindustrie und Bundeswehr eingeladen, um nicht-öffentlich „die Vernetzung deutscher Sicherheitspolitik zu stärken“.

FCD

KOPF HOCH



Herr Wowerit! Als Bürgermeister haben Sie einen Prozess gegen die Gegner der Wasser-Privatisierung verloren – dumm gelaufen, klar. Wenn jetzt aber bis zum 27. Oktober 172.000 Berlinerinnen und Berliner beim Volksbegehren für die Offenlegung der Geheimverträge unterschreiben, kann Ihre Stadt Geschichte bei der Rückeroberung der öffentlichen Daseinsvorsorge schreiben. Es geht um die Rückabwicklung der größten Teilprivatisierung in Europa. Wie bei den mehr als 200 anderen Public Private Partnerships in Deutschland bleiben auch in Berlin die Risiken bei der Stadt, während sich RWE und Veolia über traumhafte, garantierte Renditen freuen. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen es mit einem der höchsten Wasserpreise im Land.

WWW.BERLINER-WASSERTISCH.NET  
WWW.PPP-IRRWEG.DE

# Intransparenz mit System

Bankenrettungen auch künftig ohne demokratische Kontrolle · Haushaltsrisiken ungewiss

VON FABIAN SCHEIDLER, BERLIN

Mit dem so genannten Restrukturierungsgesetz, das die Bundesregierung im Herbst durch den Bundestag bringen will, sollen bei der Rettung von maroden Banken künftig „öffentliche Haushalte geschont werden“, so das Finanzministerium. Ein genauerer Blick in den Gesetzestext zeigt aber, dass dieses Versprechen kaum eingelöst wird.

Zwar sieht der Gesetzentwurf eine Bankenabgabe vor, die in einen „Restrukturierungsfonds“ fließt, aber mit nur 1,3 Milliarden Euro pro Jahr wird dieser Fonds auf absehbare Zeit nicht einmal für die Rettung einer mittelgro-

sen Bank reichen, geschweige denn für eine Bank von der Größenordnung des 2008 gestrauchelten Immobilienfinanzierers HRE. In letzter Instanz wird daher doch wieder die öffentliche Hand für die Rettungskosten von großen Pleitebanken geradestehen müssen. Hinzu kommen die potenziellen Verluste des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), der bisher Garantien und Eigenkapitalspritzen von mehr als 220 Milliarden Euro ausgegeben hat, davon über 140 Milliarden allein für die HRE.

Das besonders Brisante dabei: Die Entscheidungen über künftige Bankenrettungen und entsprechende Haushaltsrisiken bleiben nach wie vor der demokratischen Kontrolle entzogen. Denn

die „Finanzmarktstabilisierungsanstalt“, die nun beide Fonds verwalten soll, muss zwar einem „parlamentarischen Kontrollgremium“ Bericht erstatten, aber dieses Gremium funktioniert wie eine Black Box: Die neun Abgeordneten dürfen erstens in Entscheidungen der Anstalt in keiner Weise eingreifen und zweitens über das, was sie erfahren, weder mit Parlamenten noch gegenüber der Öffentlichkeit sprechen – unter Androhung juristischer Konsequenzen.

Wird diese Konstruktion per Gesetz nun zum Dauerzustand, haben Bürger und Parlament auf unabsehbare Zeit faktisch keine Kontrolle darüber, für wen und was milliardenschwere Risikoübernahmen vergeben werden. Sollte es zu

einem erneuten Krisenschub im Finanzsektor kommen – was viele Experten befürchten –, kann dies zu einem Desaster für den Staatshaushalt werden. Durch die Blume gibt das sogar die Einleitung zum Gesetzestext zu: „Die Möglichkeit, auch nach dem 31. Dezember 2010 Maßnahmen im Hinblick auf bestehende Abwicklungsanstalten zu treffen, kann zu einer weiteren Belastung des Finanzmarktstabilisierungsfonds führen, deren Höhe derzeit nicht absehbar ist.“

Spätestens, wenn die Milliardenverluste des Schattenhaushalts dann in den regulären Bundeshaushalt übertragen werden, würde die nächste Kürzungswelle folgen, um das Rettungsgeld für Banken erneut bei der Bevölkerung einzutreiben.

Noch aber ist das Gesetz nicht verabschiedet. Und vielleicht erinnern ja in der Zwischenzeit die Bürger ihre Abgeordneten daran, die Kontrollhoheit über die Staatsausgaben zurückzuerobieren.

KOPFLOSER DES TAGES

## Rattenfänger der Rechten

Glenn Beck kämpft für Banker und Großunternehmer im Kostüm des moralischen Bürgerrechtlers

Ein durchgeknallter Populist als Tauchsieder der Tea-Party-Bewegung, die Präsident Obama stürzen will? Diese Personalie ließe sich abtun, wenn Glenn Beck nicht einer der erfolgreichsten Meinungsmacher der USA wäre. Dieser zum Mormonentum konvertierte Nachfahre deutscher Einwanderer erreicht mit seinen täglichen Fox-News-Rundfunks- und Fernsehprogrammen mehr als elf Millionen Zuschauer und füllt auf seinen „listening tours“ Stadien mit 850 000 Leuten. Ein Medien-

gewaltiger avanciert zum Quasi-Führer einer rechten Bewegung.

Stephen King verlieh ihm den Titel: „Satans geistig behinderter, jüngerer Bruder“. Aber das ist eine Verharmlosung. Denn Beck's Anhängerschaft ist relativ gebildet und wohlhabend, es sind die, die im Verteilungskampf mehr zu verlieren haben als ihre Schulden. Finanziert nicht nur von Rupert Murdoch's Medienkonzern, sondern auch von Großunternehmen, kann sich Beck auf den reflexartigen, amerikanischen Antikommunismus verlassen. Obama wird als Marxist beschimpft, der das Land der Freiheit mit Ideen wie einer staatlichen Sozialversicherung in eine Neo-Sowjetunion verwandeln wolle und längst geheime Konzentrationslager im Land errichten lasse.

Diese Volksaufhetzung zielt seit Monaten auf die Kongresswahlen am 2. November, die der Anfang vom Ende des Präsidenten sein können. „Ich bin hier, um meine Freiheit zu verteidigen. Und wenn Sie das auch wollen, müssen Sie diesen Kerl seines Amtes entheben. Und mit ihm seine verrückte Idee, dass Sozialismus funktioniert und Kapitalismus nicht. Er spricht wie Castro und Chávez, wenn er behauptet, wir hätten unseren Wohlstand durch die Ausbeutung der dritten Welt und imperialistische Kriege errungen. Sagt ihm:

Capitalism works, free market economy works ...“.

Wohnen und Gesundheitsfürsorge würden genauso wenig zu den unveräußerlichen Rechten gehören wie Hummer. Jede staatliche soziale Erwägung, wie das zahme Gesetz zur Finanzmarktregulierung, sei ein Verstoß gegen die „Freiheit der Konzerne“ und damit jedes einzelnen. Der rassistische Glenn Beck, der sich nicht schämt, sich auf Martin Luther King zu berufen, lädt in seine Shows Leute, die erklären dürfen, weshalb sie Obama hasen. „Gebt diesem Mann keine Macht, nur weil er eine Wahl gewonnen hat.“ Eine interessante Empfehlung aus dem Mutterland der Demokratie. Dieser angeblich Ideologielose ist vielmehr der Kreuzritter des von der wirtschaftlichen Macht ausgehenden Populismus gegen die Demokratie. Eines gefährlichen Populismus, der eher der jüngere Bruder des Fundamentalismus ist. Die Demagogie ist schlicht, trifft aber mit ihren simplen Botschaften raffiniert ein Bedürfnis nach Antworten auf eine Wirtschaftskrise, die bei den Menschen ein bisher nicht gekanntes Maß an Wut und Angst hinterlassen hat. Die Verbitterung hat eine materielle Basis, weshalb die rechte APO der Tea-Party-Bewegung nicht zu unterschätzen ist.

Auch das Rechtsbündnis „Pro Deutschland – Einheit der Patrioten“ schmückt sich mit der Marke Bürgerbewegung. Verkommt die Basisdemokratie zum Biedermaier? Der Citoyen zum Citroen? Dann hätten die Agitatoren der Finanzlobby ganze Arbeit geleistet.



## Fatale Verflechtung

VON WERNER RÜGEMER, KÖLN

Mit dem von der Bundesregierung geplanten „Restrukturierungs-Gesetz“ sollen im Krisenfall „systemrelevante“ Banken saniert oder auch abgewickelt werden können, ohne dass das Finanzsystem gefährdet wird und ohne dass der Staat wie bisher dafür die Mittel aufbringen muss.

Dabei geht die Regierung mit keinem Wort darauf ein, warum das geltende Insolvenzrecht bei der jüngsten Bankenkrise nicht angewendet wurde. Vor allem aber ändert das „Restrukturierungs-Gesetz“ nichts am Problem der „Systemrelevanz“: Banken, die mit anderen Banken so stark vernetzt sind, dass ihr Untergang fatale Kettenreaktionen zur Folge haben kann, dürfen weiter bestehen. Dabei müssten sie jetzt zerschlagen und ihr Geschäftsmodell verändert werden, wenn die nächste Krise verhindert werden soll. Aber das Gesetz tut nichts, um Finanzpraktiken, die zur Krise geführt haben, zu unterbinden.

Deshalb wird die Bankenabgabe auch nicht auf riskante Transaktionen erhoben, sondern pauschal. Dazu gelten bankenfreundliche Modalitäten: Die Abgabe darf 15 Prozent des jährlichen Gewinns nicht überschreiten; alle Niederlassungen ausländischer Banken sind von der Beitragszahlung befreit; Banktöchter, die nicht der Banklizenz unterliegen (z.B. für Immobilien), werden nicht eingerechnet. Es wird somit nur ein symbolischer Betrag zusammenkommen – von Prävention ist ohnehin keine Rede. Und an den gegenwärtigen Krisenfolgen werden die Banken gar nicht beteiligt.

IMPRESSUM  
Financial Crimes Deutschland  
c/o Attac Bundesbüro  
Münchener Str. 48  
60329 Frankfurt/M.  
www.attac.de  
Online-Ausgabe:  
www.financial-crimes.net  
Redaktion: Jutta Sundermann, Fabian Scheidler, Stephan Lindner, Richard Schmid  
Logistik: Hardy Krampertz, David Firlé  
Layout: Martin Müller  
Bildredaktion/Titelillustration: Stephan Schwarzmann/Fabian Scheidler  
Webdesign: Nico Wehnmann  
Comic-Zeichnung: Andreas Wolff  
Anzeigen: Hagen Pfaff, Thomas Pfaff, Fabian Scheidler, Jutta Sundermann, Silke Ötsch  
Anzeigen-Layout: Monika Heimann, Constanze Jakob, Helma Janssen, Martin Müller  
Autorinnen und Autoren: Evelyn Bahn,  
Daniela Dahn, Christian Felber, Sven Giegold, Barbara Happe, Markus Henn, Philipp Hersel, Ralf Krämer, Hans Jürgen Krysmanski, Detlev von Larcher, Stephan Lindner, Ulrike Herrmann, Chris Methmann, Florian Moritz, Ulrich Müller, Rainald Ötsch, Heribert Prantl, Werner Rügemer, Fabian Scheidler, Matthias Schmelzer, Georg Schramm, Harald Schumann, Jutta Sundermann, Andrea Vetter  
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckerei, Wien  
Spenden! Druck und Verteilung dieser Zeitung kosten Geld. Wir sind auf Spenden angewiesen und freuen uns über jede Unterstützung.  
Spenden-Kontonummer:  
Attac-Konto-Nr.: 800 100 800,  
GLS Gemeinschaftsbank,  
BLZ 430 609 67,  
IBAN: DE57 43060967 0800100800  
BIC: GENODEM 1 GLS

ÖKONOMISCHE ALPHABETISIERUNG ... lohnt sich!  
Highlights 2011 (in Kooperation mit dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac)  
Wachstumskongress im Mai in Berlin  
European Network Academy of Social Movements (ENA) im August in Freiburg  
Wissen was wichtig wird.  
FINANCIAL CRIMES DEUTSCHLAND  
www.financial-crimes.net

Axel  
MEGA-BANK: ABT. STAATSANLEIHEN  
HOFFENTLICH IST DIE KRISE BILD VORBEI, AXEL. IN SÜDAMERIKA GEHT ES SCHON WIEDER STEIL BERGAUF!  
DIE HABEN JETZT DIE „BANK DES SÜDENS“ GEGRÜNDET UND DEN IMF VOR. DIE TÜR GEFÖHRT. DER KONTAKT MIT UNS NICHT MEHR, DASS WIR UNSERE HEIKLEN KREDITE - KOSTE ES WAS ES WOLLE - ZURÜCK BEZAHLT BEKOMMEN.  
WO SOLL DENN DAS GELD FÜR UNSERE BONI HERKOMMEN?  
UNSER ZUKUNFTS MARKT IST DIE EU. TRAUMRENDITEN FÜR FAST NULL RISKI.  
... DA KUMMIERT SICH MIT IMF UND EU GLEICH 2 INSTITUTIONEN DAZU, DASS DEN MENSCHEN NICHT NUR BUTTER UND BROT, SONDERN GLEICH DIE GANZE BANKREIHE GEDENKT WIRD UND WIE IMMER AUF DER GEWINNSELBE STEHT.  
UND WENN DIE BETROFFENEN LÄNDER AM ENDE NÜLLIS RUHNIG SIND, STEHEN DIE STEUERZAHLER DER ÜBRIGEN EU-STÄATEN SCHON MIT WEITEREN MILLIARDEN FÜR UNS BEREIT.

# Feuerprobe für die Demokratie

Warum der heilige Augustinus heute ein Attac-Mitglied wäre

VON HERIBERT PRANTL, MÜNCHEN

Die „Zivilgesellschaft“ ist so eine Art Heilsarmee der Demokratie. Sie besteht aus Wohlfahrtsverbänden, aus Stiftungen und aus vielen großen und kleinen Bürgerinitiativen. Die Zivilgesellschaft beantwortet eine Frage, die in Zeiten von anhaltend schlechten Nachrichten besonders beliebt ist: Wo bleibt eigentlich das Positive? Es gibt dieses Positive – nämlich Zehntausende sozialer und gesellschaftspolitischer Projekte im Land, die dort ansetzen, wo der Staat es nicht oder nicht mehr tut.

Sie machen Kultur; sie finanzieren, was der Staat nicht mehr finanziert. Sie kümmern sich – viel persönlicher als dies die beste staatliche Jobagentur kann – um Ausbildungsplätze für Jugendliche; sie leisten Hausaufgabenhilfe für ausländische Kinder; sie begleiten türkische Eltern zur Klassenversammlung; sie kriechen unter den Teppich, unter den Hartz IV die neuen Armen der Gesellschaft gekehrt hat, und sie tischen ihnen etwas zum Essen auf. Die Wiederkehr der Suppenküchen zeigt, wie groß der Mangel in Deutschland ist. Das ist das Negative. Die Zahl der Bedürftigen, die bei den Tafeln essen, hat sich seit Hartz IV verdoppelt. Weil das nicht einfach so weitergehen soll, gibt es Attac.

Die Arbeit von Stiftungen, Bürgervereinen und Tafeln kann nur eine Ergänzung des Sozialstaats sein. Der Staat hat seine Pflicht zu erfüllen, privates Engagement ist die Kür. Die Gesellschaft braucht dafür Kümmere; und sie braucht Stiftungen und Vereine, die dieses Kümmern organisieren und begleiten. Es gibt viele dieser Kümmere, aber der Staat behandelt sie zu oft als nützliche Idioten. Die großen Verbände wiederum sehen diese Kümmere zu oft eher als Störer denn als willkommene Helfer. Beim Wort „Zivilgesellschaft“



Aktion der Gruppe „Geld oder Leben“, Berlin 2007

kriegen viele Politiker einen barmherzigen-gütigen Gesichtsausdruck; beim Wort „Attac“ friert ihnen dann die gute Miene wieder ein. Engagement braucht aber nicht nur Anführer und Anreger, sondern auch Aufreger.

Attac ist Anreger und Aufreger. Attac will mit seinem Werben für die Trans-

aktionssteuer im Speziellen und für ein sozialverträgliches Wirtschaften im Allgemeinen dafür sorgen, dass der Sozialstaat finanziert werden kann. Das ist nicht einfach Wohltätigkeit, das ist Einsatz für die Demokratie. Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen. Der Sozialstaat sorgt dafür, dass der

Mensch Bürger sein kann. Und Attac kämpft dafür, dass es nicht allein bei der Globalisierung des Kapitalismus bleibt, sondern daneben eine globalisierte soziale Verantwortung gestellt wird. Es geht darum, um das Attac-Mitglied Heiner Geißler zu zitieren, die soziale Marktwirtschaft zu internationalisieren.

In den Monaten der großen Wirtschafts- und Finanzkrise sind auf den Finanzmärkten viele Milliarden Dollar und Euro verbrannt. Noch viel schlimmer wäre es, wenn in dem Feuer auch noch das demokratische Grundvertrauen verbrennen würde. Es geht nicht nur darum, gigantische Geldlöcher zu stopfen, sondern auch darum, dass aus der Krise des globalen Kapitalismus nicht eine globale Krise der Demokratie wird. Die Dirigenten des internationalen Geldmarkts haben viel dafür getan, dass es so kommt. Sie haben erfolgreich versucht, die Politik demokratisch gewählter Regierungen ihrer Disziplin zu unterwerfen. Sie haben Regierungen genötigt, sie haben den Abbau von Kontrollen erzwungen – und sind gleichzeitig mit eigens gegründeten Zweckgesellschaften in die Nischen der Welt geflohen, in denen sie ihre riskanten Geschäfte noch besser verstecken konnten. Die Großmanager des Geldmarkts taten so, als sei die Demokratie eine Spielwiese für Kleinbürger, und als hätten Wahlkämpfe und Wahlen nur eine Funktion ähnlich der, wie sie „Brot und Spiele“ im alten Rom hatten.

Indes: Demokratie ist etwas ganz anderes, sie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet. Die Dirigenten der Finanzmärkte haben sich aus diesem Miteinander ausgekoppelt. Attac versucht, diese Entkoppelung wieder rückgängig zu machen. Die globale Ökonomie braucht eine globale politische Antwort.

„Ein Staat, dem die Gerechtigkeit fehlt, ist nichts anderes als eine große Räuberbande.“ Dieser Satz stammt nicht von der Gewerkschaft Verdi, nicht von der Linkspartei und nicht von Attac. Er stammt vom heiligen Augustinus. Vielleicht wäre der heute Mitglied bei Attac.

PROF. DR. HERIBERT PRANTL LEITET DIE REDAKTION INNENPOLITIK DER SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG.

## Große Wetten und größere Idioten

Wie die Deutsche Bank und andere von der Finanzkrise profitierten

VON FLORIAN MORITZ, BERLIN

Die einfachste Regel für Finanzinvestoren liefert die Greater Fool Theory – die Theorie des größeren Idioten. Sie besagt, dass man ruhig in wertlose Anlagen investieren kann, solange man einen größeren Dummkopf findet, der einem die Schrottpapiere teurer wieder abkauft.

Viele Banken verloren in der Finanzkrise Milliarden, weil sie so genannte Collateralized Debt Obligations (CDO) erworben hatten – Finanzvehikel, in denen faule US-Immobilienkredite im Wert von Milliarden Dollar gebündelt waren. Auf der anderen Seite dieser Geschäfte standen aber auch Gewinner. Sie waren nicht nur ihre Schrottpapiere losgeworden, sondern schlossen zusätzlich lukrative Wetten auf den Ausfall dieser Papiere ab.

Dazu kauften sie frühzeitig Kreditversicherungen, so genannte Credit Default Swaps (CDS). CDS funktionieren wie Feuerversicherungen – der Käufer zahlt eine Gebühr und bekommt dafür den Wert der versicherten Kredite ersetzt, wenn diese ausfallen. Im Unterschied zur Feuerversicherung auf das eigene Haus beziehen sich CDS aber oft auf Kreditpakete, die andere besitzen: CDS-Käufer versicherten sich also gegen Kredit-Ausfallrisiken, die sie gar nicht selbst eingegangen waren. CDS-Verkäufer luden sich die Risiken auf und machten so am Ende riesige Verluste.

Manche CDS-Verkäufer fanden aber selbst einen größeren Dummkopf: Die Investmentbank Goldman Sachs beispielsweise versicherte 2007 Kreditpakete in mehrstelliger Millionenhöhe für den Hedgefonds Paulson & Co. Goldman behielt die Kreditrisiken aus seinen CDS-Verkäufen aber nicht selbst, sondern verpackte diese Risiken in ein kompliziertes Investmentvehikel namens Synthetische CDO. Diese CDO verkaufte Goldman weiter – auch an die deutsche IKB-Bank, die auf den Risiken sitzen blieb und später vom Steuerzahler gerettet werden musste.

Die Komplexität von CDO machte sie für Spekulanten auf der Suche nach einem größeren Dummkopf so interessant: Ratingagenturen konnten oder wollten die Risiken der Schrottpapiere nicht erkennen und bewerteten sie deshalb als quasi risikofrei. Während die Käufer diesem Urteil blind vertrauten, wussten es die Verkäufer oft besser: Im Goldman-Fall hatte der Hedgefonds Paulson selbst darauf hingewirkt, dass sich der CDO auf besonders schlechte Kredite bezog. So ging Paulson sicher, dass die Kredite platzen und sich die Wette mit den CDS-Versicherungen auszahlt. Tatsächlich verdiente alleine der Chef des Hedgefonds damit 3,7 Milliarden Dollar im Jahr 2007.

Die Käufer des CDO verloren hunderte von Millionen. Und weil Goldman ihnen die Rolle Paulsons verschwiegen hatte,

musste die Bank mehr als eine halbe Milliarde Dollar zahlen, um ein Betrugsverfahren der US-Börsenaufsicht abzuwenden.

Auch die Deutsche Bank steht im Visier der US-Behörden. Wie Goldman verkaufte sie Schrottpapiere und wettete gleichzeitig auf deren Ausfall. Und wie Goldman kooperierte sie dabei mit Paulson und anderen Hedgefonds. Laut Internet-Journal ProPublica half die Deutsche Bank etwa dem Hedgefonds Magnetar bei Wetten gegen Immobilienkredite. Auf der Verliererseite stand dabei wieder die in Düsseldorf ansässige IKB, die offenbar regelmäßig als der größere Dummkopf für die Deutsche Bank agierte. US-Autor Michael Lewis zitiert einen Deutsche-Bank-Mitarbeiter, der auf die Frage, welcher Idiot die Risiken auf sich nehme, antwortete: „Düsseldorf. Dumme Deutsche. Die nehmen die Ratingagenturen ernst.“

Diese Dummheit war ganz im Sinne der Bundesregierung: Jörg Asmussen, heute Finanz-Staatssekretär, hatte schon 2006 in einer Fachzeitschrift versprochen, dass „Instituten keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten“ entstehen sollten, wenn sie in Produkte wie CDO „mit gutem Rating“ investieren. Dass ausgerechnet die IKB diese Freiheit, Greater Fool zu sein, nutzte, verwundert nicht: Asmussen saß auch im IKB-Aufsichtsrat.

FLORIAN MORITZ IST MITABEITER DER LINKSFRAKTION IM BUNDESTAG.

Nicht jeder muss wissen, wo Ihr Geld ist.

Unsere Juristen und Banker helfen Ihnen, Steueroasen und Offshorezentren optimal zu nutzen.

Ob Delaware, Luxemburg, die Schweiz oder die Cayman Inseln: Wir pflegen mit allen Schattenfinanzplätzen gute Beziehungen.

Sprechen Sie uns an. Diskretion garantiert!

Ihre deutschen Banken in den Finanzoasen

**DIE GROSSE KLIMAWETTE**

**Banken hoffen auf den Emissionshandel**

Großbanken investieren in Kohlekraftwerke, Ölförderung und andere Klimakiller. Zugleich bereiten sie sich aber darauf vor, am Klimaschutz mitzuverdiene. So brüstet sich die Deutsche Bank z.B. unter dem Slogan „Banking on Green“, einen Spitzenplatz im globalen Handel mit Emissionszertifikaten einzunehmen. Auch Commerzbank und Goldman Sachs sind leidenschaftliche Befürworter des Emissionshandels.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Leider legen die Erfahrungen mit dem so genannten Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto-Protokolls bedenkliche Entwicklungen nahe. Über den CDM sollen Unternehmen aus Industrieländern in Entwicklungsländern Klimaschutzprojekte durchführen können und sich die Emissionsreduktionen zu Hause gutschreiben lassen. So ließen sich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Investitionen von Nord nach Süd, ebenso ein Transfer grüner Technologie, und schließlich der Aufbau klimafreundlicher Strukturen im Süden. Der Haken: Es funktioniert nicht. Ein drastisches Beispiel: Das Gas HFC-23 entsteht bei der Herstellung von Kühlmitteln. Da es 11.700-mal so klimawirksam wie CO<sub>2</sub> ist, lassen sich viele Klimazertifikate generieren, wenn seine Freisetzung durch neue – relativ günstige – Technologien verhindert wird. Welch ein Anreiz, eine Kühlmittelfabrik zu bauen, sie auf grüne Technologien umzurüsten, dafür Klimazertifikate einzustreichen und diese für viel Geld auf dem europäischen Markt zu verkaufen! Ganz wenige HFC-23 Projekte im gesamten CDM generieren mehr als die Hälfte aller Zertifikate. Die Deutsche Bank ist durch ihre Beteiligung an der chinesischen Kühlmittelfirma Zhejiang Juhua vorn mit dabei. Zwar liegt der Fehler wieder mal im System, doch die Banken nutzen solche Fehler aktiv, um daraus Profit zu schlagen.

Die Banken setzen auf einen umfassenden Emissionshandel in der Zukunft und bereiten sich auf einen Markt für Emissionsderivate vor – der selben Form von Finanzprodukten, die die Hypothekenkrise überhaupt erst möglich machte. Dort würden Emissionszertifikate dann zu Indizes gebündelt, auf deren Entwicklung wieder spekuliert werden kann. Ein lukratives Geschäftsfeld für Banken. Wenn aber dadurch ähnliche Preisschwankungen wie auf dem Nahrungsmittelmarkt entstehen, wird die Zukunft des Klimaschutzes vollends unplanbar.

CHRIS METHMANN

# Leistung, die Leiden schafft

Deutsche Bank verdient mit Rüstung, Atomindustrie und Vertreibung

VON BARBARA HAPPE, BERLIN

Die größte deutsche Bank präsentiert sich gern als Musterschülerin in Sachen Umwelt- und Menschenrechtsschutz. Kein anderes deutsches Bankhaus hat derart viele unverbindliche (!) Nachhaltigkeitsklärungen unterzeichnet wie die Deutsche Bank.

Die Wirklichkeit hinter der grün und sozial glitzernden Fassade sieht jedoch anders aus: Die Deutsche Bank vergibt Unternehmensanleihen an Atomkonzerne und Waffenproduzenten und finanziert einige der größten Umweltzerstörer weltweit. Sie nutzt ihre Position als größte deutsche Bank, um Geschäfte zu tätigen, die bei anderen Finanzinstitutionen längst auf dem Index stehen.

**Beispiel Atom:**

Mit der Unterzeichnung des Appells „Mut und Realismus für

Deutschlands Energiezukunft“ outete sich Deutsche-Bank-Chef Ackermann in der vergangenen Woche einmal mehr als Atomlobbyist. Das schlägt sich auch im Portfolio seiner Bank nieder. Sie hat das gesamte Programm der Nuklear-Branche im Angebot: vom Uranabbau bis hin zu Geschäften mit Firmen, die Uranwaffen herstellen. Zu ihren Unternehmenskunden zählen alle international führenden Atomkonzerne. Aktuelle Recherchen von Umweltorganisationen zufolge gehört die Deutsche Bank international zu den Top Ten der radioaktivsten Banken. Die unkontrollierbaren Risiken dieser Technologie scheinen den deutschen Bankenprimus nicht zu interessieren.

**Menschenrechtsverletzungen der Deutschen Bank:**

www.urgewald.de  
www.bank-secrets.de  
www.nuclearbanks.org

**Beispiel Streumunition:** Die Deutsche Bank wolle, so Ackermann, „ausdrücklich in keinerlei Transaktionen mit Personen-Landminen, Streubomben oder ABC-Waffen involviert sein“. Nach aktuellen Recherchen unterhält sie jedoch Geschäftsbeziehungen zu führenden Streubombenherstellern wie Textron und

Singapore Technologies Engineering, die von vielen anderen Finanzdienstleistern keine Unterstützung mehr erhalten. Streubomben sind international geächtet. Ein erheblicher Prozentsatz der Sprengsätze explodiert nicht beim Einsatz, sondern verbleibt als tickende Zeitbombe. Etwa 100.000 Opfer hat Streumunition bis heute gefordert: 98 Prozent der regist-

rierten Opfer stammen aus der Zivilbevölkerung, 27 Prozent davon sind Kinder.

**Beispiel Vedanta:**

Zu den besonders fragwürdigen Kunden der Deutschen Bank zählt das britische Bergbauunternehmen Vedanta. Der Konzern ist bekannt dafür, dass er weltweit außerhalb der Gesetze agiert. Die indische Vedanta-Tochter Sterlite Industries übergibt alle Vorgaben der indischen Umwelt- und Indigenschutzgesetzgebung – von Waldzerstörung über Gewässerverschmutzung bis hin zu Vertreibungen –, um in der Provinz Orissa eine Aluminiumhütte zu errichten. Für die Versorgung der Aluminiumhütte mit Bauxit scheut sie nicht vor der Zerstörung indigener Heiligtümer und Kulturstätten zurück. Während andere Finanzdienstleister Vedanta aus ihrem Portfolio gestrichen haben, hält die Deutsche

Bank weiter an diesem Skandalkunden fest.

Diese Beispiele aus der derzeitigen Finanzierungspraxis belegen, dass der deutsche Bankenprimus bei der Wahl seiner Kunden keine Skrupel kennt und auch den schwärzesten Schafen eine Finanzierung bereitstellt. Mit einem derartigen Geschäftsverhalten, bei dem Menschenrechts- und Umweltbelange ehrgeizigen Renditezielen geopfert werden, wird es der Deutschen Bank nicht gelingen, das in der Finanzkrise verloren gegangene Vertrauen der Kunden zurückzugewinnen.

Es ist höchste Zeit, dass die Deutsche Bank ihren lehren Worten auch Taten folgen lässt! Weg von Atom- und Waffenfinanzierungen und hin zu einer Bank mit Gewissen und praktizierten Grundsätzen.

BARBARA HAPPE IST MITARBEITERIN VON URGEWALD.



Foto: Environmental Protection Group Orissa

**Raubbau gestoppt**

Gute Nachrichten für das Bergvolk der Dongria Kondh: Das indische Umweltministerium hat entschieden, dass der britische Bergbaukonzern Vedanta kein Bauxit am heiligen Berg Niyamgiri abbauen darf.

**Die Proteste gegen das Projekt zeigen Wirkung.**

Die Deutsche Bank unterstützte den Bergbaukonzern mehrfach mit Anleihen in Millionenhöhe. Für die Aluminiumproduktion werden immer wieder Menschenrechte verletzt.

Für die einen:  
ihr Essen

Für uns:  
reine Spekulation

■ Wir waren unter den ersten, die von unsicheren Immobilien auf sichere Lebensmittel umgestiegen sind. Begreifen auch Sie das Hungern einer Milliarde Menschen als Ihre Chance!

■ Drei der fünf letzten US-Finanzminister kamen von Goldman Sachs. Vertrauen auch Sie uns.



**Goldman Sachs**

Beyond democracy.

## Landgrabbing: Spekulanten gieren nach Land

Getreidepreise und Ackerland in der Gewalt der Finanzmärkte

VON EVELYN BAHN, BERLIN

An den Warenterminbörsen herrscht beste Stimmung: Mit dem Feuer in Russland, der Rekordhitze in Mittel- und Osteuropa und den Überschwemmungen schießen die Getreidepreise in die Höhe. Dabei ist die Preisexplosion hausgemacht und hat wenig mit dem tatsächlichen Angebot von Getreide zu tun. Börsenzocker haben die Preise um zeitweise über 50 Prozent ansteigen lassen. Seit dem Platzen der US-Immobilienblase und der globalen Finanzmarktkrise sind Agrarrohstoffe ins Visier von Spekulanten geraten. Doch nicht nur mit den Nahrungsmitteln selbst wird gezockt, auch das Geschäft mit Ackerland verspricht eine attraktive Rendite.

Allein zwischen den Jahren 2006 und 2009 wurden nach Schätzungen der Organisation GRAIN zirka 50 Millionen Hektar Land in Afrika, Asien und Lateinamerika an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet. Verhandlungen über zehn bis 30 Prozent des weltweit verfügbaren Ackerlandes sollen derzeit laufen. Die Investoren aus China, den Golfstaaten, Europa und den USA wollen Nahrungsmittel und Energiepflanzen für den

Export beziehungsweise unmittelbar für die eigene Nahrungs- und Energiesicherung anbauen oder nutzen das Land schlichtweg als Spekulationsobjekt. Ein Beispiel ist der „African Land Fund“ mit Sitz in England, der seit 2008 mehr als 150.000 Hektar Land in 15 Staaten im südlichen Afrika unter seine Kontrolle gebracht hat. Viele dieser Staaten haben ein ernsthaftes Hungerproblem; die Menschen sind auf den Zugang zu Land angewiesen, um überleben zu können. Doch darüber schweigen die Werbevideos des Fonds, die den Anlegern Renditen von 25 Prozent jährlich versprechen.

Auch das Hamburger Investmenthaus Aquila Capital mischt im globalen Poker mit Ackerland mit. Aquila kanalisiert über eine luxemburgische Firma das Geld betuchter Anleger in Ackerland in den brasilianischen Cerrados. Auf 250.000 Hektar Land sollen Zuckerrohrplantagen für die Ethanolproduktion sowie Weideflächen für die Rindviehhaltung entstehen. Das Investmentunternehmen rechnet dabei mit einer „hohen und sofortigen Wertsteigerung des Landes“.

Während die Investoren mit den Landgeschäften ihre Gewinne maximieren, zeichnet

sich bereits ab, dass die lokale Bevölkerung der Verlierer ist. Leidtragende sind insbesondere Kleinbauern, Hirten, Fischer, Landarbeiter und Nomaden. Die Menschen verlieren durch die Land-Deals den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser und stürzen in die Armut.

Vielleicht hält sich deshalb die Deutsche-Bank-Gruppe bedeckt, wenn es um ihre Investitionen in Agrarflächen geht. Im Portfolio der DWS Investment, die zur Deutschen-Bank-Gruppe gehört, findet sich jedoch ein Fonds, der dem Namen nach in Land investiert. Doch Recherchen zum „Global Agricultural Land & Opportunities Fund“ enden auf einer Webseite, für die ein Passwort benötigt wird. Auch die Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen (BaFin) hat keine Informationen, in welchen Ländern der Fonds Ackerland aufgekauft hat und verweist darauf, dass er auf den Cayman Islands aufgelegt worden ist. Und die DWS selbst möchte keine Auskunft über mögliche Anlagestrategien in Afrika geben – vielleicht um negative Schlagzeilen zu verhindern?

EVELYN BAHN ARBEITET BEIM NETZWERK ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN INKOTA.

# Die Reise nach Richistan

Die Reichen werden immer reicher, die Löcher in den öffentlichen Haushalten tiefer und tiefer. Zufall? Mitnichten. Beides sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

VON HANS JÜRGEN KRYSMANSKI, MÜNSTER

Der Zusammenhang zwischen privatem Reichtum und staatlichen Schulden fällt in der öffentlichen Debatte allzu gern unter den Tisch.

Der sicherste aller Schuldner und damit der Traum aller Kreditgeber ist – nach wie vor – der Staat.

Dabei trägt der Schulden machende Staat kräftig bei zur Konzentration von privatem Reichtum. Indem er auf den privaten Finanzmärkten Kredite aufnimmt, verpfändet er einen Teil des Steueraufkommens an so genannte institutionelle Anleger wie Investmentbanken oder Aktienfonds. Diese aber sind nichts anderes als Frontorganisationen der Reichen, der Vermögenden, der „High Net Worth Individuals“ (HNWI).

## Richistan

Für das imaginäre Land, in dem alle diese Gläubiger hausen, hat das Wall Street Journal den Namen „Richistan“ erfunden. In den Palästen Richistans leben weltweit – und man kann das nur global betrachten – 10.000 bis 20.000 Superreiche mit jeweils einem frei verfügbaren Vermögen von mehr als 500 Millionen Dollar, darunter rund 3000 Milliardäre mit Vermögen von bis zu 60 Milliarden Dollar. Diese Geldfürsten bilden zusammen mit den rund 100.000 Geldgrafen und Geldbaronen – mit Vermögen zwischen 30 Millionen und 500 Millionen – die Gruppe der „Ultra High Net Worth Individuals“ (UHNWIs). Hinzu kommen eine Million Angehörige des einfachen Geldadels – HNWIs – mit Vermögen zwischen fünf Millionen und 30 Millionen Dollar sowie rund 15 Millionen Personen des niederen Geldadels mit Vermögen zwischen einer Million und fünf Millionen Dollar. Fast alle sind nach der jüngsten Krise zumindest auf dem Papier wieder obenauf und reicher als zuvor. Wie kommt das?

## Wem gehört die Bundesrepublik?

Bei uns haben diese Gläubiger inzwischen Staatsschuldscheine von über 1,6 Billionen (1600 Milliarden) Euro in der Hand. Damit fließen den Richistani



allein in diesem Jahr etwa 66 Milliarden Euro an Zinszahlungen aus dem bundesdeutschen Haushalt zu. Nach dem Sozialbudget (147 Milliarden Euro) ist dies der zweitgrößte Ausgabenposten im Budget der Bundesregierung.

Die Identität dieser Gläubiger aber wird konsequent aus der öffentlichen Diskussion herausgehalten. Die Gläubiger des Staates verstecken sich hinter dem Bankgeheimnis. Sogar die bundesdeutsche Finanzagentur, die für den Bund die Kreditaufnahme regelt, kennt die Geldgeber nicht. Zwar sei das Interesse groß an der Frage „Wem gehört die Bundesrepublik?“, sagt einer ihrer Sprecher. Aber ihre Beantwortung scheitert an den Interessen derer, die die Papiere des Bundes erwerben.

Nun sind vermögende Staatsgläubiger – so sie überhaupt in Deutschland leben – ja angeblich auch große Steuerzahler. Es könnte also sein, dass sie mit den Staatsschuldzinsen nur ein wenig von dem zurückerhalten,

was ihnen zuvor an Steuern abgeknöpft wurde. Doch weit gefehlt. Die von Vermögenden zu zahlenden Steuern sind in der Regel Erbschafts-, Grund-, Gewerbe-, Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuern. Mit dem Aufkommen aus diesen Steuern in Höhe von jährlich rund 65 Milliarden Euro könnten nach einer fiktiven Aufrechnung die jährlichen Staatsschuldzinsen von 66 Milliarden Euro knapp finanziert werden. Aber selbst dann bliebe es bei einem Nullsummenspiel; die Steuern des Geldadels in Deutschland tragen nicht das Geringste zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei.

## Die andere Seite der Staatsverschuldung

Staatsverschuldung kann, sagen zumindest die Keynesianer unter den Ökonomen, eine Volkswirtschaft aber auch beflügeln. Insofern ist sie nicht von vornherein schlecht – vorausgesetzt, sie wird verbunden mit einer klugen Steuerpolitik, welche die Rei-

chen und vor allem die Superreichen ordentlich zur Kasse bittet. Aber an einer solchen Eindämmung müheloser Gewinne sind die Bewohner Richistans selbstverständlich nicht interessiert.

Eine Staatsverschuldung mit Bereicherungseffekt für die Reichen dient – wie jegliche Geldumverteilung von unten nach oben – ja auch der Machtkonzentration. Den Herren und Damen von Richistan ist klar, dass Geldkapital in einer Verschuldungskrise wie in den 1930ern oder heute völlig wertlos werden könnte. Sie stellen sich ein auf kommende ökonomische und soziale Katastrophen, auf revolutionäre Unruhen. Mit ihrem flüchtigen Geld kaufen sie sich ein in Gated Communities und Sicherheitszonen. Durch Korruptionszahlungen schaffen sie sich Einfluss- und Abhängigkeitsnetze. Vor allem aber richten sie sich im Zusammenspiel mit staatlichen und politischen Strukturen auf „Kapitalschnitte“ und „Währungsreformen“ ein – aus denen, wie die Geschichte lehrt, die ganz Großen auf Kosten aller Kleineren immer gestärkt hervorgegangen sind.

„Der Krieg der Staaten geht, der Konflikt der Klassen kommt“, prognostiziert das strategische Militärinstitut des Britischen Verteidigungsministeriums für das Jahr 2030: Aufgerieben zwischen „wachsener sozialer Verelendung einerseits und dem schamlosen Leben der Superreichen andererseits“ könnten sich nicht nur die Unterschichten, sondern vor allem die „Leistungs- und Wissenseliten, die früher einmal Bildungsbürger und Facharbeiter genannt wurden“, zu einem schlagkräftigen Interessenverbund zusammenschließen. Diese „neue Klasse“ würde dann politisch für ihre eigenen grenzüberschreitenden Interessen gegen den Kapitalismus der Superreichen kämpfen.

Deshalb also müssen die Reichen immer reicher werden, deshalb rüstet Richistan auf. Und wie ist das in Deutschland? Merz, Schröder, Clement, Koch, Köhler und wie sie alle heißen – sie sind schon aufgesprungen auf diesen Zug.

HANS-JÜRGEN KRYSMANSKI IST EMERITIERTER PROFESSOR FÜR SOZIOLOGIE DER UNIVERSITÄT MÜNSTER.

## Planlos in der Krise

„Wer Visionen hat, der sollte damit zum Arzt gehen“ sagte Bundeskanzler d. Reserve Helmut Schmidt

VON GEORG SCHRAMM, BADENWEILER

Das Bedrückendste in diesen Tagen ist für mich die völlige Abwesenheit einer Vision. „Wir wollten schnellstmöglich wieder dahin, wo wir vor der Krise waren“, sagte die Kanzlerin und erntete für diese Bankrotterklärung starken Applaus ihrer bürgerlichen Koalition.

Weit und breit noch nicht einmal der Versuch, den Abschied vom Wachstum gedanklich zu gestalten.

Die Linke klebt noch am Staatssozialismus, der ist aber keine Vision, sondern eine niederschmetternde Erfahrung. Die SPD taktiert nur, der sitzen noch Gestalten wie Helmut Schmidt im Nacken, der seine Nikotinabhängigkeit mit freiem Bürgergeist verwechselt. „Wer bei uns Visionen hat, der sollte damit zum Arzt gehen“, hat Schmidt mal gekalauert.

Bei der Union dasselbe: Visionären Konservativen wie Heiner Geißler wird in der CDU Parteaustritt und psychiatrische Behandlung empfohlen.

Für eine Vision müssen wir das Land verlassen, wenigstens gedanklich. Wir müssen zurück zur letzten Weltwirtschaftskrise.

Am 4. März 1933 ging ein Ruck durch ein Land. Durch Deutschland auch, aber das meine ich nicht. (Bei uns wurden in diesen Tagen Hunderte aufrechter Demokraten von der Gestapo abgeholt.)

Ich meine die USA, dort verkündete an diesem Tag Präsident Roosevelt den „New Deal“, den großen Gesellschaftsvertrag. Eine Vision, und was für eine. Der Zustand der USA vor dem „New Deal“ war geprägt durch Finanz- und Wirtschaftskrise, Rezession, Massenarmut, verrottetes Bildungssystem und Superreiche, die das Land plünderten. Eine Beschreibung, die uns bekannt vorkommen muss.

Eine Generation später blühte das Land wie nie zuvor, dynamische Mittelschicht, solide Mindestlöhne, und aus den Superreichen waren Wohlhabende geworden. Durch eine gewaltige Umverteilung von oben nach unten.

Kennen sie den Unterschied zwischen wohlhabend und reich? Warren Buffett, einer der Top Ten der Weltngliste, hat „reich“ definiert: Wenn beim Geldzählen eine Million fehlt und man merkt es nicht, dann ist man reich.

Roosevelt setzte seinen Deal damals gegen den erbitterten Widerstand der Reichen durch. Es gab Morddrohungen, als er für be-



Georg Schramm alias Lothar Dombrowski

grenzte Zeit den Spitzensteuersatz auf 75 Prozent und die Erbschaftsteuer auf mehr als 40 Prozent erhöhte.

1936 hielt er eine Wahlkampfrede, die es in sich hatte. Zitat: „Wir müssen uns der alten Feinde erwehren – Wirtschafts- und Finanzmonopole, Spekulation, rücksichtslose Banken, Kriegsgewinnler. Sie betrachten die Regierung schon als ein bloßes Anhängsel ihrer eigenen Geschäfte ...“

Was sagt man dazu? Das war kein weltfremder sozialistischer Spinner, der das sagte, sondern einer der besten Präsidenten, die Amerika je hatte. Mit solchen Reden konnte man schon mal Wahlen gewinnen in einem durch und durch kapitalistischen Land!

So was könnten wir auch gut brauchen. Weil wir gerade bei 1933 waren, sollten wir uns in Erinnerung rufen, wie die deutsche Regierung damals auf die Weltwirtschaftskrise reagierte: mit dem Gesetz „zur Beseitigung von Not und Elend des Volkes“, verabschiedet am 24. März 1933, bekannt geworden als „Ermächtigungsgesetz“, das die demokratischen Rechte außer Kraft setzte. Das bürgerliche Lager, inklusive Adenauers Zentrum und dem liberalen Theodor Heuss, haben damals zugestimmt. Der Grund für diese Zustimmung ist rückblickend ungeheuerlich: Hitler hatte ihnen versprochen, die Funktion des Reichspräsidenten Grouhaugust Hindenburg zu erhalten.

In den USA führte Roosevelt den Staatskapitalismus ein und schröpfte die Reichen, bei uns engagierten Großkapital und Hochfinanz einen Schlägertrupp, um die systemische Bedrohung in den Griff zu kriegen – durch Raubmord und Erweiterung des Lebensraums.

Was will uns die Geschichte damit sagen? Vielleicht, dass unser stolz bürgerliches Lager nicht in jeder Krise weiß, wie man in schwerer See den Kurs hoch hält.



## KRISE? KENNEN WIR NICHT!

Uns gehören 23 % der Vermögen in Deutschland – fast 1.500 Milliarden Euro. Seit 2002 sind allein 150 Milliarden (150.000 Millionen) hinzugekommen. Weil wir so viel gar nicht ausgeben können, spekulieren wir an den Finanzmärkten.

Dass wir dabei nicht gestört werden, ist das bleibende Verdienst auch dieser Bundesregierung. Danke, dass Sie lieber Normalverdienern und Hartz-IV-Empfängern den Gürtel enger schnallen.

### UNSER MOTTO:

Lieber am Existenzmaximum herumhummern als am Existenzminimum herumkriechen.

*Ihr reichstes Prozent*

FORTSETZUNG VON SEITE 1  
„GEMEINGEFÄHR GROSSBANKEN“:

Aber bisher verschafft die schiere Größe der Geldkonzerne deren leitenden Managern auch so viel politischen Einfluss, dass sie alle Regulierungsversuche erfolgreich abwehren konnten. Als im vergangenen Juni mehrere US-Senatoren die Aufteilung der Megabanken in kleinere Einheiten vorschlugen, wurden sie von Kollegen aus der eigenen Partei überstimmt, die von den Wahlkampfspenden der Finanzindustrie abhängig sind. Selbst die von Präsident Barack Obama und dem früheren Notenbank-Chef Paul Volcker geforderte Trennung des staatlich versicherten Bankgeschäfts vom spekulativen Handel mit Wertpapieren und Fondsunternehmen wurde zu Fall gebracht.

Derweil gab es in Europa nicht einmal den Versuch, die Dominanz der Großbanken zu brechen. Zwar hatte Kanzlerin Merkel noch im September 2009 erklärt, „keine Bank“ dürfe mehr „so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen kann“ und betonte, das sei „der wichtigste Punkt“. Doch über Klagen solcher Art kam die EU-Politik nicht hinaus. Im Zuge der Überschuldung Griechenlands erfahren die EU-Bürger nun, dass ihre Regierungen sich ein weiteres Mal von der Finanzindustrie erpressen lassen und diese nicht für ihre Fehlinvestitionen haften muss.

Erneut drohte die Bankenbranche, eine Insolvenz eines ihrer großen Schuldner – dieses Mal die des griechischen Staates – würde das europäische Finanzsystem gefährden. Und wieder übernahmen die Regierungen die Haftung für mehr als 100 Milliarden Euro ausstehende Schulden. Dabei haben die Gläubiger, vorrangig Banken und Vermögensverwalter, jahrelang „Risikoprämien“ in Form hoher Zinsen von Griechenland erhoben. Nun, wo das Risiko tatsächlich eingetreten ist, wird es auf die Steuerzahler der übrigen EU übertragen – ein Vorgang jenseits aller marktwirtschaftlichen Logik. Dabei ist Griechenland selbst keineswegs geholfen. Nach Ablauf des dreijährigen Programms wird die Staatsverschuldung sogar nach den offiziellen EU-Prognosen höher sein als zuvor und ein Schuldenerlass voraussichtlich unvermeidlich. Bluten müssen dann jedoch kaum noch die privaten Gläubiger, sondern die Staatshaushalte der übrigen EU.

HARALD SCHUMANN IST REDAKTEUR  
DES BERLINER TAGESPIEGELS.

FORTSETZUNG VON SEITE 1  
„UNGERECHT UND ÖKONOMISCH UNSINNIG“

– wissen die Privilegierten gar nicht mehr, wohin mit ihrem Geld. Sie stopfen ihr Kapital in Finanzanlagen und produzieren damit neue Blasen. Auch jetzt ist schon wieder zu beobachten, dass viele Anlageobjekte gefährlich überbewertet sind. Dies gilt vor allem für Aktien, Gold und Staatsanleihen.

Während die Vermögenspreise nach oben schießen, droht weltweit die nächste Rezession. In den USA ist die Gefahr eines Abschwungs bereits so akut, dass Präsident Obama ein zweites Konjunkturpaket auflegen will. Seine Maßnahmen sind kurzfristig richtig und langfristig doch meist falsch. Denn es wiederholt sich ein Muster, das schon in der ersten Runde der Konjunkturpakete zu besichtigen war – ob in Europa oder in Amerika. Weil die Zeit drängte und der Absturz drohte, wurden Ad-hoc-Pakete geschürt. Staatliche Milliarden flossen in die bestehende, oft überalterte Industrie. Legendar ist etwa die deutsche „Abwrackprämie“, die sich nicht nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Autos richtete. Sie war typisch für deutsche Politik: Der Staat steckte rund 100 Milliarden Euro in seine Konjunkturpakete, doch davon waren ganze 13 Prozent ökologisch sinnvoll. Und selbst diese mickrige Zahl schönt die Regierungspolitik noch, denn weitere acht Prozent der Maßnahmen waren ökologisch kontraproduktiv.

Die jetzige Politik weist drei Fehler auf: Sie pöppelt die Reichen, spart bei den Armen und erzeugt Blasen auf den Vermögensmärkten. Umverteilung ist also nötig. Aber es reicht nicht, nur die Steuern auf Einkommen und Vermögen anzuheben. Man muss das Geld in eine nachhaltige Zukunft investieren. Deutschland wird neue Konjunkturpakete brauchen – aber eine Abwrackprämie sollte diesmal nicht dabei sein.

ULRIKE HERRMANN IST WIRTSCHAFTSREDAKTEURIN  
DER TAGESZEITUNG TAZ.

# „Der Staat muss mit der Finanzlobby brechen“

Ein Gespräch mit dem grünen Europaabgeordneten Sven Giegold und Ulrich Müller von LobbyControl

**FCD Welche Rolle spielte die Finanzlobby bei der Entstehung der Krise?**

**Müller** Die Finanzlobby hat vor der Krise die Regeln für die Finanzmärkte aufgeweicht und dabei selbst an Gesetzen mitgeschrieben wie dem Investmentmodernisierungsgesetz. Das Gesetz ließ Hedgefonds in Deutschland zu und gewährte der Finanzbranche Steuererleichterungen von mehreren Hundert Millionen Euro im Jahr. In der Krise haben die Banken die Rettungsmaßnahmen mitgestaltet, und jetzt wehren sie sich gegen schärfere Regulierungen. Etwa beim Kampf gegen strengere Eigenkapitalregeln, da spielt die Deutsche Bank eine wichtige Rolle.

**FCD Wie sieht das aus?**

**Müller** Josef Ackermann ist Vorsitzender des „Institute of International Finance“, das ist die globale Lobbyorganisation der Finanzbranche. Das IIF hat mit übertriebenen Horrorszenerarien in den letzten Monaten Druck

gemacht, dass die Banken ihre spekulativen Geschäfte mit nicht so viel eigenem Kapital unterlegen müssen wie geplant.

**FCD Herr Giegold, wie erleben Sie die Situation konkret als Europaabgeordneter?**

**Giegold** In Brüssel gibt es ein krasses Ungleichgewicht in der Finanzpolitik. Banken, Versicherungen und Fondsinvestoren sind stark präsent, während es gemeinwohlorientierte Lobbyisten praktisch nicht gibt. Es wäre naiv anzunehmen, das hätte keinen Einfluss.

Die intensivste Lobby-Attacke, die ich bisher erlebt habe, richtete sich gegen strengere Regeln für Hedgefonds und andere Investmentgesellschaften. Im Ausschuss war es schwer, noch Raum zu finden. Sogar der FDP-Kollege beschwerte sich öffentlich über das massive Auftreten. Und die Lobbyisten bedrängen nicht nur das Europaparlament, sie sitzen auch in den Expertengruppen der EU-Kommission und können so frühzeitig die

Sicht der Finanzindustrie einbringen.

**Müller** Leider hat diese Dominanz der Finanzlobby die Krise bis heute fast unbeschadet überdauert. So hat die Bundesregierung in der Krise eine Expertenkommission eingesetzt, die neue Vorschläge für die Kontrolle der Finanzmärkte ausarbeiten sollte – und sie war voller Leute mit engen Verbindungen zur Finanzbranche. Geleitet wurde sie von Otmar Issing, einem ehemaligen Bundesbanker, der heute Berater von Goldman Sachs ist.

**Giegold** Auf EU-Ebene war die Situation leider ähnlich, aber die Debatte über den übermäßigen Einfluss der Finanzbranche ist in den letzten Monaten stärker geworden.

**FCD Wie waren die Reaktionen auf Ihre Kritik an der Finanzlobby?**

**Giegold** Vor allem haben wir es mit Kritik nicht bewenden lassen. Gemeinsam mit meinem französischen Kollegen Pascal Canfin habe ich eine Initiative zu einer finanzmarktkritischen Gegen-Lobby „Finance Watch“ in Brüssel gestartet. Dafür haben wir Unterstützung in allen politischen Lagern gefunden.

**Müller** Gegengewichte wie Finance Watch sind wichtig, aber der Staat müsste selbst unab-

hängige Expertise stärker fördern. Und er muss endlich mit der Finanzlobby brechen.

**FCD Wie kann das aussehen?**

**Müller** Der Staat sollte sich aus gemeinsamen Lobbygruppen wie der „Initiative Finanzstandort Deutschland“ zurückziehen, Expertengremien ausweichen besetzen und Karenzzeiten einführen, damit Politiker oder Politikerinnen nicht nahtlos in Lobbyjobs wechseln können. Zudem brauchen wir verpflichtende Transparenzregeln für Lobbyisten in Brüssel und Berlin.

**Giegold** Wir brauchen eine Doppelstrategie: gemeinwohlorientierte Kräfte stärken und illegitimen Einfluss von mächtigen Partikularinteressen schwächen. Dazu können wir als Gesetzgeber Entscheidendes leisten.

**FCD Was sind Ihre nächsten Projekte zum Thema Finanzlobby?**

**Müller** Bei den „Worst EU Lobbying Awards“ stehen ab Oktober Negativfälle der Finanzlobby

zur Online-Abstimmung. Außerdem arbeiten wir an einem speziellen Lobbyismus-Wiki im Internet. Die „Lobbypedia“ soll insbesondere über die Finanzlobby aufklären.

**FCD Herr Giegold, wie geht es bei Ihnen im Herbst weiter?**

**Giegold** Die Auseinandersetzung um die Regulierung der Finanzmärkte tobt in Brüssel mit voller Energie. Es stehen zirka 30 Gesetzgebungsprojekte an. Außerdem freue ich mich auf das erste Treffen zur Gründung von „Finance Watch“ Ende September.

**FCD Danke für das Gespräch.**

**Sven Giegold** ist Mitbegründer von Attac und seit 2009 Europaabgeordneter für Bündnis 90/ Die Grünen. **Ulrich Müller** ist seit 2005 Geschäftsführer der Initiative LobbyControl. 2004 haben beide gemeinsam den Kongress **Gesteuerte Demokratie?** organisiert.



Ulrich Müller



Sven Giegold

## Tückische Partnerschaften

Banken treiben Ausverkauf der öffentlichen Güter voran

VON WERNER RÜGEMER, KÖLN

Die öffentliche Infrastruktur – etwa Verkehr, Gesundheit, Schulen – ist in so genannten Entwicklungsländern, aber auch in „entwickelten“ Industrieländern stark erneuerungsbedürftig. Gleichzeitig sind die Staaten überschuldet. Seit etwa einem Jahrzehnt durchdringen Banken und ihre Berater (Ratingagenturen, Wirtschaftsprüfer) die Infrastruktur als neue „asset class“, als neuen Finanzierungs- und Anlagebereich. Weltbank und Europäische Investitionsbank (EIB) fördern das. Zu den inzwischen weltweit eingesetzten Instrumenten gehört auch Public Private Partnership (PPP).

Bei PPP bieten die Investoren ein „Rundum-sorglos-Paket“ an: nicht nur Sanieren und Bauen, sondern vor allem auch Betreiben und Finanzieren von Schulen, Krankenhäusern, Gefängnissen, Straßen und ähnlichem. Die Verträge laufen meist 30 Jahre, der Staat zahlt eine jährliche Miete. Der Investor – in der Regel ein Bau- oder Energiekonzern wie Hochtief, Bilfinger Berger oder Veolia – tut sich mit einer Bank zusammen. Die legt einen Immobilienfonds auf und gibt dem Baukonzern

die Kredite. Damit gehen die gesamten Finanzierungskosten – nicht nur Zinsen, sondern auch die Kosten für Steuerberatung, Kreditvermittlung und die Suche nach Anlegern – in die Miete ein.

Bei PPP verkauft der Investor in der Regel einen Teil der Mietforderungen an die Bank. Die macht damit noch einmal ein Geschäft und bekommt eine beherrschende Stellung. Dieses Vorgehen heißt „Forfaitierung mit Einredeverzicht“: Die Bank zahlt dem Investor den heutigen (abgezinsten) Wert der Forderungen aus; im Gegenzug erklärt die öffentliche Hand, dass sie auch bei Schlechtleistung des Investors zunächst die Miete nicht kürzt (Einredeverzicht), die nun an die Bank zu zahlen ist.

In Deutschland ist das Finanzierungsgeschäft bei PPP weitgehend in der Hand der maroden Landesbanken. Besonders aktiv sind die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die WestLB, die HSH Nordbank und die NordLB. Sie operieren oft über Tochtergesellschaften wie die Südleasing GmbH, die der LBBW gehört.

WERNER RÜGEMER IST  
SACHBUCHAUTOR UND BERATER.

ANZEIGE

JETZT ERHÄLTlich:  
**DIE DVD ZUM BANKENTRIBUNAL**

mit Harald Schumann, Ulrike Herrmann, Georg Schramm, Urban Priol und vielen anderen

Bestellen im Webshop unter: [www.attac.de](http://www.attac.de)

Na ja, eigentlich leben wir ganz gut hier: Schön warm, wenig Arbeit. Lästig nur, dass wir immer noch für diese Hypo-Real-Dings-Bank zahlen müssen ...

In einer unsicheren Welt ist eines auch in ferner Zukunft sicher: Unsere Schulden sind Ihre Schulden.

**Hypo Real Escape**  
HOLDING



**Finanztransaktionssteuer:**  
gegen Armut und  
Resignation | Seite 8

# AGENDA

**Umsteuern!**  
Forderungen an eine faire  
Steuerpolitik | Seite 8



FINANCIAL CRIMES DEUTSCHLAND

KOMMENTAR | REPORTAGE | HINTERGRUND

SEPTEMBER / OKTOBER 2010

## Bankensystem reloaded

Die Regierungen der EU und der USA tun sich schwer, Banken und Fonds ernsthaft Zügel anzulegen. Dabei gibt es viele durchdachte Vorschläge, die das Finanzsystem vom Kopf auf die Füße stellen wollen.

VON PHILIPP HERSEL, BERLIN

Seit der Gründung vor zehn Jahren ist die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte ein Leitmotiv von Attac. Spätestens die Finanzkrise der vergangenen Jahre sollte jedem klar gemacht haben, wie dringend eine solche Kontrolle ist. Die bislang vorherrschende neoliberale Annahme, Banker würden schon im eigenen Interesse keine für die Banken Existenz bedrohenden Risiken eingehen, stellte sich für alle vernunftbegabten Zeitgenossen als naiv und verantwortungslos heraus. Wenn also eine Kontrolle der Banken aus Sicht des Gemeinwesens unumgänglich ist, wie könnte sie aussehen und wer soll sie wie ausüben?

Als ersten Schritt müssen die Banken per Gesetz auf ihre gesamtwirtschaftlichen Kernfunktionen zurechtgestutzt werden. Das sind erstens die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, zweitens das Einlagengeschäft, um den Menschen sichere Möglichkeiten zur Bildung von Ersparnissen anzubieten, und drittens die Finanzierung gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoller öffentlicher und privater Investitionen (kurz: ZEF-Geschäfte).

In Deutschland hat es vor allem den privaten Geschäftsbanken und den Landesbanken an demokratischer Kontrolle gemangelt. Dort sind nicht nur die höchsten Verluste zu verzeichnen. Diese beiden Bankengruppen haben sich auch am stärksten von den ZEF-Kernfunktionen entfernt.

Die Sparkassen und die Volks- und Raiffeisenbanken haben sich hingegen deutlich besser bewährt. Zum einen deshalb, weil sie in ihren Satzungen stärker auf ZEF-Geschäfte in ihrer Region beschränkt sind und bei den meisten Sparkassen sogar eine Gemeinwohlorientierung explizit verankert ist. Zum anderen, weil die Kontrollgremien dieser beiden Banktypen deutlich breiter zusammengesetzt sind als die der Privatbanken.

Um ihre Kernfunktionen zuverlässig zu erfüllen, brauchen die Banken eine seriöse ökonomische Grundlage. Nur Banken ohne toxische Wertpapiere und andere Bilanzleichen im Keller können ihrer Finanzierungsfunktion nachkommen und ihren Kunden sichere Einlagen bieten. Ein Neuanfang im Bankensektor erfordert daher eine konsequente Offenlegung der Bilanzen. Die meisten Geschäfts- und Landesbanken dürften



Foto: Sami Attac

einen derartigen Offenbarungseid auf Grund ihrer noch unverdauten Risiken und Verluste allerdings kaum überleben. Soweit möglich sollten sie dann per Insolvenz aus dem Leben scheiden. Leider wäre die Pleite vieler Geschäfts- und Landesbanken aber wegen ihrer Größe und Verflechtung eine Bedrohung für die Realwirtschaft. In solchen Fällen müssen sie notgedrungen staatlich gestützt und in öffentliches Eigentum überführt werden.

In Zukunft könnte die Bankenlandschaft dann wie folgt aussehen:

Auf lokaler Ebene gibt es nur noch Sparkassen einerseits und Volks- und Raiffeisenbanken andererseits. Auf der überkommunalen Ebene werden aus den (in die öffentliche Hand überführten) Geschäftsbanken und den glücklosen Landesbanken neue Spar-Regional-Kassen beziehungsweise Volks-Regional-Banken geformt. Diese Regionalinstitute werden nach dem Vorbild der Sparkassen und Volksbanken auf ZEF-Finanzdienstleistungen für Großkunden (zum Beispiel Großunternehmen, Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger) beschränkt.

Ob lokal oder regional: Die Kontrollorgane (Verwaltungs- und Aufsichtsräte) der Banken sind in ihren Kompetenzen zu stärken und personell durch Vertreter gesellschaftlicher Organisationen wie Gewerkschaften, Umweltverbände, Verbraucherschützer, soziale Einrichtungen und Bewegungen zu erweitern. Die Mitglieder der Kontrollorgane müssen eine demokratische Legitimation haben, gegebenenfalls durch direkte Wahl.

Demokratische Kontrolle ist auf engagierte Bürgerinnen und Bürger mit Durchblick angewiesen. Voraussetzung dafür ist eine breit angelegte Aufklärung der Bevölkerung über die Grundlagen des Wirtschafts- und Finanzsystems. Wie es zu Recht eine Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und Millionenausgaben für die AIDS-Prävention gibt, so wäre unsere Gesellschaft gut beraten, viel Geld in die Aufklärung über die Risiken unkontrollierter Finanzmärkte zu investieren.

Auch wenn sie auf ihre Kernfunktionen zurückgestutzt sind – man kann die demokratische Kontrolle der Banken nicht allein Parlamenten und Parteien überlassen. Nicht nur Attac sollte sich daher auf eine künftige Mitwirkung in den Kontrollgremien der Banken vorbereiten.

## Startschuss für „Demokratische Bank“

In Österreich initiieren GlobalisierungskritikerInnen ein alternatives Bank-Projekt

VON CHRISTIAN FELBER, WIEN

Die Globalisierungskritikerinnen und -kritiker von Attac Österreich wollen nicht warten, bis ihnen die Regierung oder das Parlament bessere Banken bringt. Sie rufen selbst die Zivilgesellschaft zur Gründung einer alternativen Bank auf – und werden erhört. Seit Mai dieses Jahres wächst der Kreis der Personen, die gemeinsam die „Demokratische Bank“ aufbauen.

Die Idee ist einfach, aber grundlegend: Geld soll auch als öffentliches Gut organisiert werden und die Bank, statt Gewinne anzustreben, dem Gemeinwohl dienen. Sie soll ausschließlich das Einlage- und Kreditgeschäft abwickeln; Wertpapiere und Derivate sind tabu. Girokonten sind kostenlos und Kredite umso günstiger, je sozialer und ökologischer ihre Wirkung ist.

Die Bank arbeitet transparent und demokratisch. Ihre Leitungs- und Auf-

sichtsgremien kommen durch direkte Wahl auf kommunaler Ebene zustande: Die Bank gehört der souveränen Bevölkerung, nicht dem Staat.

Neben ihrer Rolle als ökonomische Basis-Dienstleisterin soll die Bank auch als Bildungsinstitution wirken und Bewusstsein über Geld-Zusammenhänge schaffen sowie sich als Lobbyistin für strengere Finanzmarkt-Regeln einsetzen.

Derzeit wirken bereits 250 Menschen am Aufbau der Bank mit. Gesucht werden Mitgründerinnen und -gründer, die sich mit mindestens 1000 Euro am Stammkapital beteiligen. Die Demokratische Bank ist Strukturelement der „Gemeinwohl-Ökonomie“, einer vollständigen Systemalternative, die von Attac-Unternehmern entwickelt und von immer mehr Unternehmen unterstützt wird.

WWW.DEMOKRATISCHE-BANK.AT

## Löcher im Flickenteppich

Wer keine neue Bankenkrise will, muss konsequent regulieren

VON MARKUS HENN, BERLIN

Während die USA im Juli eine umfassende Finanzreform beschlossen haben, wird in der EU und in Deutschland noch immer am Reformflickenteppich gearbeitet. Anfang September konnte man sich immerhin mal wieder auf einen Flicker – die europäische Aufsicht – einigen. Aber es bleiben viele Löcher: Bei Themen wie Eigenkapital, Alternative Investmentfonds, Derivate, Bankenabgabe oder Finanztransaktionssteuer wurde noch immer nichts entschieden. Oft stehen nationale Vorbehalte und die Lobby der Finanzwirtschaft einem Fortschritt im Weg.

Zugleich bleibt unklar, ob beim nächsten G20-Gipfel in Seoul (Südkorea) im November eine globale Einigung auf bestimmte Standards vorangebracht wird. Der letzte Gipfel in Toronto war für alle, die angesichts der Finanzkrise eine globale Einigung erhofft hatten, eine Enttäuschung. Doch gibt es in Seoul erneut die Chance, aus der Krise zu lernen. Auch im Rahmen des Basel-III-Prozesses läuft noch im-

mer die Auseinandersetzung um bessere Regulierung. Die dort beteiligten deutschen Regulierer erwiesen sich dabei aber als verlängerter Arm der deutschen Banken. Die jüngst gefassten Beschlüsse zum Eigenkapital sind im Ganzen richtig, setzten jedoch zu wenig da an, wo unverantwortliche Risiken aufgebaut wurden, und sind in der Umsetzung zu langsam.

Immerhin hat die Bundesregierung im Juli endlich einen Gesetzesentwurf für den Umgang mit Problembanken vorgestellt. Doch darin hat es die Regierung versäumt sicherzustellen, dass Verluste der Banken auf keinen Fall sozialisiert werden können. Der Entwurf dreht sich zudem nur um den Fall, dass Banken schon Probleme haben. Gänzlich fehlt dagegen ein präventiver Ansatz. Dabei stellen Größe, Vernetzung und Geschäfte der Banken weiterhin eine Gefahr da. Deshalb sollte die Größe von Banken begrenzt und über eine Teilung einzelner Institute nachgedacht werden.

Auch die Geschäftspraxis der Banken muss Gegenstand politischer Regulierung sein. Alle Geschäfte der Banken

müssen in die Bilanz, dürfen nicht über Steueroasen ablaufen und müssen ausreichend mit Eigenkapital abgesichert sein. Für die Bank als Ganzes braucht es eine zusätzliche Verschuldungsgrenze (leverage ratio). Momentan geht das Derivate- und Verbriefungsgeschäft fast so weiter, als hätte es die Krise nie gegeben. Es muss endlich streng kontrolliert und eingeschränkt werden, besonders der Eigenhandel von Banken.

Die Banken sind außerdem durch Steuerbefreiung, Nutzung von Steueroasen und ihren Wissensvorteil steuerlich sehr gut gestellt und streichen dadurch hohe Gewinne ein. Sie müssen wieder ausreichend zur Kasse gebeten werden, über gesetzliche Verschärfungen und über eine Finanztransaktionssteuer plus Bankenabgabe.

Die Krise hat gezeigt, dass Regulierung einen Unterschied machen kann. Länder mit guter Regulierung konnten sich der Krise relativ gut entziehen. Es kommt jetzt darauf an, in den vielen Details der Regulierung nicht nachzulassen.

MARKUS HENN IST MITARBEITER DER NGO WEED.

# Alternativen zum Kaputtsparen

Attac und Verdi plädieren für sozial gerechtes Steuersystem

VON DETLEV VON LARCHER (ATTAC)  
UND RALF KRÄMER (VERDI)

Nachdem Bankenrettungen und Konjunkturerinbrüche die öffentlichen Haushalte erheblich geschröpft haben, steht nun der Abbau von Staatsschulden ganz oben auf der politischen Agenda. Als Mittel dazu werden von den meisten EU-Regierungen – so auch von der Bundesregierung – rigide Sparprogramme und die damit verbundenen Einschnitte ins soziale Netz als alternativlos dargestellt.

Diese Einschätzung verwundert, wenn man sich vor Augen führt, dass dem Schuldenberg der öffentlichen Hand auf der anderen Seite ein enormer und in den Händen weniger hoch konzentrierter privater Reichtum gegenübersteht, der über die letzten zehn Jahre sogar erheblich gewachsen ist.

Von 1999 bis 2009 erhöhte sich das private Vermögen in Deutschland um 1100 Milliarden auf 6,6 Billionen Euro. Das oberste Zehntel der Bevölkerung besaß 2007 einen Anteil von 61 Prozent am Gesamtvermögen.

Was also würde näher liegen, als diese Vermögen zur Finanzierung der Krisenkosten und der dringend notwendigen öffentlichen Aufgaben heranzuziehen? Zumal die Vermögenden durch die Bankenrettungspakete mit Milliarden aus Steuergeld vor größeren Verlusten bewahrt wurden.

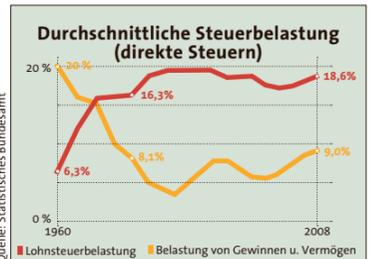
Tatsächlich gibt es dazu längst eine Reihe von Konzepten, die aber von der Bundesregierung geflissentlich ignoriert werden. Attac und Verdi etwa haben ihre bereits vor einigen Jahren vorgestellte Solidarische Einfachsteuer unter dem Eindruck der Krise weiterentwickelt. Das Konzept umfasst sieben zentrale Punkte:

– **Eine gerechte, progressive Einkommensteuer** mit einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent. Dazu müssen Schlupflö-

cher geschlossen und eine vollständige Erfassung und Besteuerung hoher Einkommen durch wirksame Kontrollen und Prüfungen gesichert werden.

– **Eine Reichensteuer mit einem Höchstsatz** von 56 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 125.000 Euro. Das jährliche Aufkommen einer so reformierten Einkommensteuer würde um zirka vier Milliarden Euro pro Jahr höher ausfallen.

– **Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer** auf reformierter Grundlage. Bei einem Freibetrag von 500.000 Euro je



Haushalt und einem Steuersatz von einem Prozent auf das den Freibetrag übersteigende Vermögen wird mit einem Aufkommen von 20 Milliarden Euro gerechnet.

– **Zusätzlich zur Vermögenssteuer** wird für Vermögen ab zwei Millionen Euro progressiv ein Solidaritätszuschlag von zwei bis fünf Prozent für eine Frist von mindestens fünf Jahren erhoben. Das würde mehrere Milliarden Euro jährliche Zusatzeinnahmen bringen.

– **Erbchaftsteuer: Bei einer korrekten** Erfassung aller Vermögensarten wäre der Gesamtwert des vererbten Vermögens doppelt so hoch wie vorher. Zusätzlich würden mehr Erbfälle steuerpflichtig werden. Die Einnahmen würden sich von heute vier auf acht Milliarden Euro verdoppeln. Durch Verstärkung der Progression und Schließung von Schlupflö-

chern (etwa bei Schenkungen) ließe sich das Aufkommen sogar auf zehn Milliarden steigern.

– **Unternehmenssteuern: Finanzkräftige** Unternehmen, die von den Regierungen Schröder und Merkel immer weiter entlastet wurden, sind durch eine Erhöhung der Körperschaftsteuer und eine Stärkung (statt Abschaffung) der Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen verstärkt heranzuziehen. Mehreinnahmen von etwa 20 Milliarden Euro sind realistisch.

– **Eine Finanztransaktionssteuer** würde die Spekulation auf den Finanzmärkten dämpfen und die Profiteure des Finanzcasinos an den Kosten der Krise beteiligen. Außerdem bliebe noch Geld für die Entwicklung der Länder des Südens. Ein Steuersatz von nur 0,1 Prozent würde weltweit rund 700 Mrd. US-Dollar jährlich erbringen, davon allein 320 Milliarden in Europa.

– **Die Superreichen der Welt halten ungefähr** 11,5 Billionen US-Dollar in Steueroasen. Damit hinterziehen sie den Finanzämtern jährlich Steuern in Höhe von zirka 250 Milliarden US-Dollar. 30 Milliarden Euro gehen Deutschland verloren. Ein automatischer Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden der Länder und von den Finanzinstituten zu den Steuerbehörden würde wirksam Steuervermeidung und -hinterziehung bekämpfen. Das zeigen die angekauften CDs aus den Schattenfinanzplätzen.

Alternativvorschläge zum Kaputtsparen gibt es also reichlich. Es fragt sich nur, warum sich die Bundesregierung so heftig dagegen sträubt, sie zur Kenntnis zu nehmen. Vielleicht sollte sie bedenken, dass internationale Umfragen immer wieder die Finnen als die glücklichsten Menschen der Welt identifizieren – und das, obwohl in kaum einem Land so hohe Steuern – besonders für Spitzenverdiener – zu zahlen sind.



Der Mann aus Sherwood Forest in der Neuzeit: Von den Zockern nehmen, den Armen geben.

## Mit Robin Hood gegen Armut und Resignation

Die Geschichte der Finanztransaktionssteuer

VON RAINALD ÖTSCH, BERLIN

Das gehäufte Auftreten von Finanzkrisen führte 1998 in Frankreich zur Gründung einer „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger“. Der Name der Organisation klang auf Französisch zwar genauso sperrig wie auf Deutsch, ließ sich dafür aber wunderbar zu „Attac“ abkürzen. Die Steuer auf Finanztransaktionen war nie die einzige Forderung der Bewegung. Als prominenteste Forderung trägt sie jedoch Symbolcharakter für eine neue Form globaler solidarischer Politik. Während in der politischen Diskussion lange nur von einer Steuer auf Währungsgeschäfte die Rede war („Tobinsteuer“ – nach dem Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin benannt), hat sich die geforderte Steuerbasis inzwischen auf sämtliche an den Finanzmärkten gehandelten Produkte verbreitert. Allein in Deutschland ließe sich nach Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO-Institut) durch eine allgemeine Finanztransaktionssteuer jährlich ein Steueraufkommen von etwa 20 Milliarden Euro erzielen. Die Finanztransaktionssteuer ist zwar kein Allheilmittel. Da sie jedoch speziell kurzfristige Spekulation belastet, zielt sie genau auf die exzessiven Zockereien des Casino-Kapitalismus, trifft dessen Profiteure und schrumpft den aufgeblähten Finanzsektor.

Die Besteuerung von Finanztransaktionen galt lange Zeit als Forderung von Utopisten. Im Grunde ist sie aber nichts grundlegend Neues: Mehrere Dutzend Länder hatten oder haben Steuern auf

bestimmte Finanztransaktionen. Allein die Börsenumsatzsteuer in Großbritannien brachte 2006 ein Aufkommen von etwa fünf Milliarden Euro. Eine Steuer auf sämtliche Arten von Finanztransaktionen an einem der großen Finanzplätze der Welt steht allerdings noch aus. Mit der „Überzeugungsarbeit“ durch die jüngste Finanzkrise und vor allem dem massiven Druck von Attac und dem Kampagnenbündnis „Steuer gegen Armut“ ist die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer jedoch innerhalb kurzer Zeit politisch mehrheitsfähig geworden. Inzwischen setzt sich selbst die deutsche Bundesregierung international für ihre Einführung ein. Sie macht dies allerdings von einer europäischen Einigung darüber abhängig.

Ob die Steuer kommen wird, wird stark von ihrem Rückhalt und dem Engagement in der Bevölkerung abhängen. Anders als mit massivem öffentlichen Druck ist die abrupte Kehrtwende der Bundesregierung in dieser Frage nicht zu erklären. Nach dem Vorbild der britischen Robin Hood Tax Campaign hat auch die deutsche Kampagne „Steuer gegen Armut“ mehrere Aktionen mit Unterstützung aus dem Sherwood Forest in Szene gesetzt. Im Herbst sind die Attac-Gruppen aufgerufen, unterstützt vom Kampagnenbündnis eigene Robin-Hood-Aktionen vor Ort auf die Beine zu stellen. Außerdem bereitet das Kampagnenbündnis Hintergrundinformationen auf, die sich gut als Argumentationshilfe für den Besuch von Bürgersprechstunden der Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen eignen.

MEHR INFOS: WWW.STEUER GEGEN ARMUT.ORG

COMMERZBANK



Bürgerrecht  
Wir  
bestimmen  
mit.

Hagen Pfaff, Attac-Aktivist gegen Commerzbank und andere Großbanken

Als Bürgerinnen und Bürger haben wir das Recht auf Dialog und Mitsprache. Attac versteht auch die Banken als Teil des Gemeinwesens und fordert ihre demokratische Kontrolle. Trotz aller Versprechungen lässt die Bundesregierung jedoch weiterhin zu, dass Großbanken die Allgemeinheit mit ihrer so genannten Systemrelevanz erpressen.

So wurde die Commerzbank aus Steuermitteln mit einer Kapitalspritze von 18,2 Milliarden »gerettet« – obwohl sie an der Börse nur noch knapp 4 Milliarden Euro wert war. Gleichzeitig übernahm sie die Dresdner Bank und wurde zu einem noch größeren Bankenriesen. Trotz der Beteiligung des Bundes unterhält die Bank weiterhin Filialen in Steueroasen. Während die Kosten der Finanzkrise mit dem Sparpaket auf die ärmsten Teile der Bevölkerung abgewälzt werden, streichen viele Banken längst wieder dicke Gewinne ein.

Attac fordert daher die Zerschlagung »systemrelevanter« Großbanken in demokratisch kontrollierbare Einheiten. Wir werden uns im Herbst mit nachdrücklichen Aktionen für eine Entmachtung der Banken und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums stark machen.

Schießen Sie sich unseren Aktionen an und fordern Sie mit uns Ihre demokratischen Rechte ein – direkt in Ihrer Bankfiliale. Weitere Informationen finden Sie auch unter [www.attac.de](http://www.attac.de)

Gemeinsam mehr erreichen

## Besetzen statt besitzen

Eine Einladung zu kreativem Protest

VON ANDREA VETTER UND MATTHIAS SCHMELZER, BERLIN

Besitzen ist gut – denn wer da hat, dem wird gegeben, so steht es schon in der Bibel. Und wer wie eine Bank besonders viel besitzt oder dort große Mengen Geld angelegt hat, dem wird auch besonders viel gegeben – und zwar Milliarden aus den öffentlichen Kassen, zur Sanierung der Bankrotteure. Wer das bezahlt? Nun selbstverständlich nachgelagert diejenigen, die nichts besitzen, außer einem Gürtel, der ja mit dem verabschiedeten Sozialkürzungspaket enger geschnallt werden kann. Und das, fragen Sie zu Recht, lassen sich die Gürtelbesitzerinnen und -besitzer einfach so gefallen? Wenn sie schon wenig besitzen, dann könnten sie doch zumindest etwas besetzen – zum Beispiel eine Bank. Einfach mal so, zehn, hundert, viele Menschen, rund um eine Kleinstadtiliale, man kennt die Bilder aus dem Wendland, wo jährlich Unzählige gegen die Castor-Transporte sitzen, und zwar auf den Schienen. Man könnte auch noch wei-

ter gehen: Das Frankfurter Finanzzentrum sitzend besetzen, mit Tausenden anderen, und die grauen Herren einen Tag lang nicht in ihre Bankzentralen hineinlassen – vielleicht am 18. Oktober, einige Planungen dazu gibt es schon. Oder auch mal gehen statt sitzen, das wäre doch was, und zwar spazieren – vielleicht im Grunewald oder anderen Villenvierteln, und einfach lautstark über den Gartenzaun schauen und die Milliarden zurückfordern, die letztlich dort hin geflossen sind – ja, richtig, zu den Besitzenden. Allein, ob es die Gürtelbesitzerinnen und -besitzer schaffen, sitzend und gehend das Thema Reichen-subventionen zu besetzen, das ist noch offen. Das nächste Mal, wenn es Sie zwick, den Gürtel noch ein Stückchen enger zu schnallen, dann fangen Sie doch einfach mal damit an – setzen Sie sich statt auf die Parkbank vor die Commerzbank, statt auf die Spielplatzbank vor die Deutsche Bank – damit die Spielbank des internationalen Finanzhandels endlich geschlossen wird.

Nähere Informationen zur Zusammenarbeit der Financial Crimes mit dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac:  
[WWW.FINANCIAL-CRIMES.NET](http://WWW.FINANCIAL-CRIMES.NET)